# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: siehe Seite 6 Fernsprechanschluß Nr. 22. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 22.

Telegrammadresse: Tageblatt Erzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 115 — Donnerstag, den 19. Mai 1932 — 27. Jahrgang


# Wer wird Groeners Nachfolger?

## Verhandlungen über die Besetzung des Reichswehr- und des Wirtschaftsministeriums

**Berlin**, 17. Mai. Heute vormittag hat der Reichskanzler den Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, General von Schleicher, empfangen. Am Nachmittag wurde der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler empfangen. Daß Dr. Goerdeler der Nachfolger Warmbolds im Reichswirtschaftsministerium werden wird, hält man für gewiß. Wer Groeners Nachfolge im Reichswehrministerium antreten wird, ist noch unsicher. Es wird keine Mitteilung darüber ausgegeben werden, ob der Kanzler dem General von Schleicher heute das Reichswehrministerium offiziell angetragen hat. Es wird versichert, daß General Schleicher keine Neigung zeigt, vom Chef des Ministeramtes zum Minister aufzurücken. Dr. Groener wird seine formelle Demission als Wehrminister wohl erst überreichen, wenn es feststeht, wer sein Nachfolger in der Bendlerstraße wird.

*

Die Beratungen des Reichskabinetts über den Haushaltplan und das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurden heute nachmittag 5 Uhr fortgesetzt und werden auch die nächsten Tage in Anspruch nehmen.

Reichspräsident von Hindenburg beabsichtigte ursprünglich, Ende dieser Woche nach Berlin zurückzukehren, wird aber vermutlich noch längere Zeit in Neudeck bleiben. Angesichts dieser Sachlage wird Staatssekretär Meißner in den nächsten Tagen nach Neudeck fahren und dem Reichspräsidenten Vortrag über die Neubesetzung einiger Ministerposten halten. Ueber diese Dinge hat schon vor der Abreise des Reichspräsidenten eine eingehende Unterredung zwischen Hindenburg und Dr. Brüning stattgefunden, so daß möglicherweise die nötigen Ernennungen vom Reichspräsidenten in Neudeck vollzogen werden.

Die Frage der Neubesetzung des Reichswehrministeriums bleibt dabei vorläufig immer noch offen, denn es gilt als fraglich, ob General von Schleicher geneigt ist, den Posten des Reichswehrministers im jetzigen Kabinett Brüning zu übernehmen, so daß vorläufig immer noch ein Provisorium des Admirals Raeder als Wehrminister im Vordergrund steht.

## Vor „dramatischen" Ueberraschungen in Japan?

Eine nach Japan entsandte Sonderberichterstatterin des „Petit Parisien" erklärt, die Nachricht von dem Attentat auf den japanischen Ministerpräsidenten sei nicht unerwartet gekommen. Alle Welt habe in letzter Zeit in versteckten Worten von einem militärischen Staatsstreich gesprochen. Allerdings habe niemand geglaubt, daß er so nahe bevorstehe. Es handle sich um ein Glied in der Kette politischer Attentate, denen im Januar und Februar der Finanzminister und ein Direktor der Großbank Mitsu, Baron Dan, zum Opfer gefallen seien. Damals habe man gegen 20 Studenten und junge Intellektuelle, die zumeist einflußreichen Familien angehören, festgenommen. Sie seien Mitglieder einer Liga, die den Namen „Blutsbrüderschaft" führe, gewesen, und man habe bei ihnen Verzeichnisse gefunden, in denen zahlreiche Politiker und Großkapitalisten aufgeführt waren, die von ihnen zum Tode verurteilt worden seien. Ueber die Untersuchung dieser Angelegenheit sei Stillschweigen bewahrt worden, und man habe sogar angekündigt, daß der Prozeß nicht vor 1933 würde stattfinden können.

In Wirklichkeit liege die Sache so, daß mehrere hohe Persönlichkeiten der Armee und der Flotte in die Angelegenheit verwickelt gewesen seien. Man habe sogar erklärt, daß die Revolver, deren sich die Attentäter bedienten, von Offizieren und namentlich von einem hohen, populären Marineoffizier geliefert wurden. Es handle sich also um eine höchst wichtige Bewegung, die dramatische Ueberraschungen bringen könne. Ein hochstehender Politiker habe der Korrespondentin erklärt: „Wir sind auf dem besten Wege zum Extremismus. Unser Heer ist ausgesprochen nationalistisch und gleichzeitig antikapitalistisch eingestellt, so daß die soziale Umwälzung sehr wohl von Militärpersonen ausgehen könnte."

## Um die Reichstagseinberufung

**Berlin**, 17. Mai. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick hat im „Völkischen Beobachter" gegen den Reichstagspräsidenten Löbe den Vorwurf erhoben, daß dieser sich rechtswidrig verhalten habe, weil Löbe den Antrag auf Einberufung des Reichstages für Sonnabend, den 14. Mai nicht entsprochen habe, obwohl 229 Abgeordneten diesen Antrag gestellt haben. Dieselben 229 Abgeordneten haben nun neuerdings die Einberufung für den 19. Mai verlangt. Aber auch diesen Antrag hat der Präsident Löbe abgelehnt, obwohl die 229 Abgeordneten mehr als ein Drittel des Reichstages bilden. Nun hat vor kurzem der Staatsgerichtshof in einer den Preußischen Landtag betreffenden Klage entschieden, daß auch bei einer Vertagung (und nicht nur nach Schluß einer Session) ein Drittel des Parlaments die Einberufung verlangen kann. Präsident Löbe steht jedoch auf dem Standpunkt, daß dieser Spruch des Staatsgerichtshofes zunächst nur für den preußischen Landtag, nicht aber für den Reichstag gelte und daß er infolgedessen an den Wunsch der 229 Abgeordneten nicht gebunden sei. Die Nationalsozialisten wollen nun auch für den Reichstag einen entsprechenden Spruch des Staatsgerichtshofes herbeiführen.

### Rücktritt der belgischen Regierung

**Brüssel**, 17. Mai. Die Regierung Renkin hat hat heute nachmittag in einem Kabinettsrat ihren Rücktritt beschlossen. Der Ministerpräsident wird morgen dem König die Demission des Kabinetts überreichen.

Das Kabinett ist demnach an dem Gegensatz innerhalb der Regierungskoalition, der zwischen Liberalen und den flämischen Katholiken entstanden war, gescheitert. Es ist verfrüht, von den Aussichten einer Regierungsbildung zu sprechen. Jedenfalls erscheint es als sicher, daß im Augenblick weder die Liberalen noch die Katholiken Neuwahlen wünschen, insbesondere nicht angesichts der bevorstehenden wichtigen internationalen Konferenzen.

### Der neue Gouverneur für das Memelgebiet wird ernannt

**Kowno**, 17. Mai. Der bisherige Generalkonsul Litauens in London, Gylys, soll heute zum Gouverneur des Memelgebietes ernannt worden sein. Amtlich werden diese Gerüchte zwar noch nicht bestätigt; jedoch wird an amtlicher Stelle die Tatsache nicht dementiert. Selbst wenn die Ernennungsurkunde durch den Staatspräsidenten noch nicht unterzeichnet sein sollte, ist mit dem Ernennungsakt noch heute zu rechnen.

Gylys ist heute früh aus London hier eingetroffen und hatte eine längere Audienz beim Staatspräsidenten.

#### Nationalsozialistischer Landtagspräsident in Anhalt

**Dessau**, 17. Mai. In der heutigen ersten Sitzung des neugewählten anhaltischen Landtages wurde mit den Stimmen der Rechten der nationalsozialistische Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Nicolai, Dessau, zum Präsidenten gewählt. Erster Vizepräsident wurde der bisherige sozialdemokratische Präsident Paulig, zweiter Vizepräsident der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kracht. — Auf der Tagesordnung der Sonnabendsitzung steht die Wahl des Staatsministers. Zuvor muß jedoch der nationalsozialistische Antrag beraten werden, der eine Aenderung der Verfassung dergestalt fordert, daß künftig in Anhalt mit einem Minister regiert werden kann.

#### 800 Kommunisten festgenommen

**Harburg-Wilhelmsburg**, 17. Mai. Am Montag erfolgte eine Massenfistierung von Kommunisten. Kommunistischen Jugendverband war eine Lastkraftwagenfahrt genehmigt worden, bei der keine Fahnen und Schilder mitgeführt werden durften. Die Demonstranten erschienen jedoch mit insgesamt elf Wagen und führten Fahnen und Wimpel mit sich. Die Polizei schritt ein und transportierte insgesamt 800 Personen zur Wache. Nach Feststellung der Personalien wurden sie wieder entlassen.

# Die Wunden Deutschlands

## Englische Warnungen

**London**, 17. Mai. Der Sonderkorrespondent des „Daily Expreß" in Danzig Greenwall beginnt heute mit der Veröffentlichung einer kurzen Artikelreihe, in der er das Ergebnis einer Studienreise nach Danzig und dem Polnischen Korridor beschreiben will. Er sagt, er wolle sich auf Mitteilung von Tatsachen beschränken; aber er wolle von vornherein erklären, daß diese klaffende Wunde im Osten Deutschlands, durch die 2¼ Millionen Deutsche von ihrem Mutterland abgeschnitten seien, eine dauernde Gefahr für den Frieden Europas bilde. Im Korridor hätten die Urheber des Friedensvertrages das Schlachtfeld für den nächsten europäischen Krieg geschaffen.

Die Stimmen aus England, die auf die Unhaltbarkeit der in Versailles geschaffenen Verhältnisse hinweisen, werden immer zahlreicher. Die Abrüstungsfrage spielt dabei ebenfalls eine große Rolle. In einem Offenen Briefe an die Londoner „News Chronicle" begründet jetzt der englische Oppositionsführer Lansbury seine Forderung nach völliger Rüstungsgleichheit Deutschlands mit den anderen Staaten. Damit wolle er nicht sagen, daß Deutschland „von neuem das Rennen um die Vorherrschaft in den Rüstungen" aufnehmen solle. Die englische Opposition fordere, daß Amerika, Frankreich, England, Italien und Japan sofort ihre bei der Unterzeichnung der Friedensverträge ausdrücklich gegebenen Verpflichtungen erfüllten, auf den Stand Deutschlands abzurüsten. Lansbury spricht die Hoffnung aus, daß sich in Lausanne ein Staatsmann finden werde, der seine Kollegen auffordere, „mit dem Wahnsinn aufzuhören, und den Tatsachen ins Gesicht zu sehen."

Auch die „Times" sind nachdenklich geworden. Das Blatt sagt u. a.: „In England und in vielen anderen Ländern nimmt die Ueberzeugung zu, daß Deutschland nicht in der Lage dauernder Unterlegenheit des Wehrstatuts gehalten werden kann. Zurzeit ist Deutschland die Herstellung und der Besitz gewisser Waffenarten verboten, und dies allein ist der Anlaß für eine dauernde Erregung in Deutschland. Schon der gesunde Menschenverstand verlangt, daß die Frage freimütig geprüft wird, ob an dieser Beschwerde nicht manches Richtige ist und, wenn das bejaht wird, was getan werden kann, ihr abzuhelfen. Als Churchill in seiner Unterhausrede der Hoffnung Ausdruck gab, daß eine mit Geduld geführte geschickte Beseitigung der politischen Ursachen der Gegensätze zu einer Rüstungsverminderung führen würde, ließ er den Hinweis Simons unbeachtet, daß die bestehende Ungleichheit des Statuts zurzeit wahrscheinlich die stärkste Ursache der Gegensätze in Europa ist. Die Abrüstungskonferenz hat die Möglichkeit, eine weitgehende politische Befriedigung herbeizuführen. Wenn der deutsche Standpunkt aber nicht einmal eine sympathische Erwägung findet, so würde nur der feindselige Groll angefacht werden, der von den Extremisten so erfolgreich ausgebeutet wird."

*

**Landshut**, 17. Mai. Zum Studium der Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze bereist gegenwärtig im Auftrage des englischen Auswärtigen Amtes eine aus englischen Parlamentariern bestehende Kommission Schlesien. Von Schreiberhau kommend trafen die englischen Gäste unter Führung von Landesrat v. Gutterheim aus Breslau gestern Vormittag in Grüssau ein und besichtigten unter Führung des Archivars und Heimatforschers, Benediktinerpaters Nicolau v. Lutterotti, die Kunstschätze des schlesischen Barock im Kloster Grüssau.

# Standrecht über Bombay

## Neues Blutvergießen

**Bombay**, 17. Mai. Der mohammedanische Feiertag Moharrum begann heute mit Plünderungsszenen und neuem Blutvergießen. Es wurden acht Personen getötet und 150 verletzt. Die britischen Truppen stellten allmählich die Ordnung wieder her, und es hat jetzt den Anschein, daß die Stadt zur Ruhe kommen wird.

#### 24 Tote in Bombay

**Bombay**, 17. Mai. Im Laufe des heutigen Tages wurden bei den Zusammenstößen 24 Personen getötet und 200 verletzt.

#### Krawalle in Kalkutta

**Kalkutta**, 17. Mai. Bei Krawallen zwischen Hindus und Mohammedanern wurden heute vormittag der stellvertretende britische Polizeichef und eine Anzahl weiterer Polizeioffiziere und Beamter verletzt. Die Zusammenstöße wurden durch Steinwürfe auf eine mohammedanische Prozession hervorgerufen. Die Polizei schoß in die Menge, wobei 20 Personen verletzt wurden.

**Bombay**, 17. Mai. Ueber Bombay ist das Standrecht verhängt worden. Ein Teil der englischen Reservisten wurde alarmiert. Die Zahl der Todesopfer der Unruhen